

Die Einbindung der EinwohnerInnen in Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse setzt Kompetenzen bei den Beteiligten voraus, die nicht immer gegeben sind. Damit jede/r EinwohnerIn ihrem/seinem Recht auf politische Teilhabe nachkommen kann, muss Beteiligung bei der Schaffung von Kompetenzen ansetzen. Lernchancen und ausreichende Diskursmöglichkeiten sind notwendig, damit sich die AkteurInnen die zur Beurteilung der jeweiligen Fragestellungen notwendigen Informationen auch aneignen können. Der Prozess ist so zu gestalten, dass sich die AkteurInnen im Sinne eines Learning by doing die fehlenden Fähigkeiten im Prozessverlauf oder durch eigens angebotene Qualifizierungsveranstaltungen und -informationen aneignen können. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die Beteiligung wirkungslos, wenn nicht gar kontraproduktiv ist, denn die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung der AkteurInnen setzt sich zusammen aus

- dem bestehenden Wissens- und Wertebestand der AkteurInnen,
- den zur Verfügung gestellten und in die individuell konstruierten Wirklichkeiten der AkteurInnen integrierten Informationen und
- den daraus in einem Diskurs gemeinsam entwickelten Ergebnissen.